

## Pressemitteilung

### Klima-Check von Parteiprogrammen

# Das Deutsche Klima-Konsortium warnt vor einem Rückschritt in der Klimapolitik.

Berlin, den 13.02.2025. Zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025 haben Wissenschaftler des Deutschen Klima-Konsortiums (DKK), dem unabhängigen Dachverband der deutschen Klimaforschung, die Parteiprogramme von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP, die Linke, BSW und AfD analysiert. Die Analyse erfolgt entlang von vier zentralen Anliegen, die das DKK entwickelt und in einem Brief an alle sieben Parteien zur Erstellung ihrer Wahlprogramme im November 2024 geschickt hatte. [Die vollständige Analyse der Wahlprogramme findet sich hier.](#)

*„Wir stellen fest, dass die Programme mehrerer Parteien nicht den Kriterien genügen, die aus Sicht des Deutschen Klima-Konsortiums in allen Wahlprogrammen enthalten sein sollten“,* erklärt Tilman Santarius, Geschäftsführer des DKK in Berlin.

*„Mit Sorge stellen wir fest, dass die Programme von CDU/CSU, FDP, AfD und BSW einen Rückschritt in der Klimapolitik darstellen,“* sagt Santarius. Alle vier Parteien fordern die Abschaffung des EU-weiten Verbots der Neuzulassung von Verbrennermotoren ab 2035. Union, AfD und BSW fordern zudem die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes. Das BSW möchte den europäischen Emissionshandel entweder globalisieren oder abschaffen. Die Linke lehnt den ab 2027 geplanten Emissionshandel in den Sektoren Gebäude und Verkehr ab. Die FDP verabschiedet sich sogar vom bundesdeutschen Ziel der Klimaneutralität bis 2045 und möchte die heimische Erdgasförderung durch Fracking ausbauen. *„Während Union, FDP und BSW die Abschaffung wichtiger klimapolitischer Instrumente fordern, schlagen sie zu wenige alternative Maßnahmen vor, mit denen die klimapolitischen Ziele glaubhaft erreicht werden könnten“,* konstatiert Santarius.

Das Programm der AfD widerspricht dem aktuellen Stand der Forschung am stärksten. Die Partei behauptet in ihrem Programm, dass die Frage nach dem Anteil des Menschen am Klimawandel wissenschaftlich ungeklärt sei, möchte aus dem Pariser Abkommen und dem Europäischen Green Deal aussteigen und schreibt, sie lehne *„jede Politik und jede Steuer ab, die sich auf angeblichen Klimaschutz beruft“*.

Die Programme von Union, FDP und AfD erwähnen auch nicht den dringenden Bedarf umfangreicher Investitionen zur Dekarbonisierung von Infrastrukturen. *„Doch die Dekarbonisierung von Infrastrukturen ist eine zentrale Strategie, um die deutsche Wirtschaft langfristig wettbewerbsfähig zu halten und von den hohen Kosten fossiler Energieimporte zu befreien“,* sagt Santarius.

SPD und Grüne kündigen hingegen die Einführung eines ‚Deutschlandfonds‘ für Zukunftsinvestitionen an. Die SPD möchte den Fonds mit anfänglich 100 Mrd. Euro füllen. Die Linke möchte in den nächsten 10 Jahren rund 600 Milliarden Euro an zusätzlichen staatlichen Investitionen bereitstellen und benennt hierfür mehrere neue Finanzierungsinstrumente.

*„Unsere Analyse zeigt eindeutig, dass die Programme von Grünen und Linken klimapolitisch am ehrgeizigsten sind“,* stellt Santarius fest. Die Grünen schlagen mit Abstand die meisten konkreten Maßnahmen für alle Sektoren vor. Aber sie scheuen davor zurück, bei den mittel- und langfristigen klimapolitischen Zielen nachzubessern. Die Linke möchte als einzige Partei Klimaneutralität bereits im Jahr 2040 erreichen und die verbindlichen Klimaziele für alle Sektoren wieder einführen, die 2024 bei einer Novelle des Klimaschutzgesetzes abgeschafft wurden. *„Es genügt nicht“,* so Santarius, *„dass der Co-Parteichef der Grünen, Felix Banaszak,*

*in einem Interview Mitte Januar erklärt hat, die Grünen wollten zurück zur Sektorenverantwortung, wenn diese klare Forderung nicht ins Wahlprogramm der Grünen, oder zumindest ganz konkret in möglichen Koalitionsverhandlungen, aufgenommen wird.“*

Trotz der zu beobachtenden Fortschritte beim Klimaschutz sind die bisherigen klimapolitischen Anstrengungen nicht ausreichend, um grundlegende Klimaschutzziele zu erreichen – weder global, wie das Global Carbon Budget<sup>1</sup> feststellt, noch in Deutschland, wie jüngst der Expertenrat für Klimafragen bestätigt hat.<sup>2</sup> Wissenschaftler\*innen des Deutschen Klima-Konsortium (DKK) hatten daher in einem [Brief an alle Parteien](#) gefordert, dass alle Wahlprogramme folgende Punkte berücksichtigen sollten: 1. Eine explizite Anerkennung der Klimaziele; 2. Eine Benennung konkreter Ziele und Maßnahmen für alle Sektoren; 3. Umfassende Investitionen in die Dekarbonisierung von Infrastrukturen; sowie 4. Maßnahmen, um die Klimapolitik sozial gerecht zu gestalten. Nach Ansicht des DKK ist eine ambitionierte und evidenzbasierte Klimapolitik eine Chance, um Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten.

\*\*\*\*\*

## **Über das Deutsche Klima-Konsortium**

Deutsche Klima-Konsortium (DKK) ist die größte unabhängige Selbstorganisation der deutschen Klimaforschung mit 28 Forschungseinrichtungen (u.a. aus den Helmholtz-, Leibniz- und Max-Planck-Gesellschaften, sowie universitäre Zentren), in denen tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstklassige Forschung betreiben. Neben der naturwissenschaftlichen Analyse des Klimawandels stehen zunehmend auch gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen im Fokus. Das DKK fördert die wissenschaftliche Vernetzung, engagiert sich in der Wissenschaftskommunikation und fungiert als Brücke zwischen Wissenschaft und Politik.

### **Kontakt für Rückfragen**

Tilman Santarius, Geschäftsführer

Geschäftsstelle des Deutschen Klima-Konsortiums (DKK)

Markgrafenstraße 37

10117 Berlin

[tilman.santarius@klima-konsortium.de](mailto:tilman.santarius@klima-konsortium.de)

Mobil: 0176-57997878

[www.klima-konsortium.de](http://www.klima-konsortium.de)

---

<sup>1</sup> Friedlingstein, P. et al. (2024): [Global Carbon Budget 2024](#). Earth Syst. Sci. Data Discuss. [preprint], <https://doi.org/10.5194/essd-2024-519>, in review.

<sup>2</sup> Expertenrat für Klimafragen (2025): [Zweijahresgutachten 2024](#). Berlin.